

«Generation P» auch bei uns

Hochschulabsolventen 40 Prozent haben ein Jahr nach Abschluss keine adäquate Stelle



CORINNA HAURI

Ein Jahr nach Studienabschluss sind in der Schweiz laut den neusten Zahlen noch 5 Prozent der Hochschulabsolventen erwerbslos. Dies ist unbestritten für alle Betroffenen sehr belastend. Doch die gleichen Zahlen zeigen auch: 95 Prozent der Studienabgänger haben eine Stelle gefunden. Dann ist ja alles in Ordnung, ist man versucht zu sagen. Doch zwei weitere Zahlen geben zu denken: Rund ein Drittel der Universitätsabsolventen hat eine Stelle, die nicht ihrer Ausbildung entspricht, und rund 10 Prozent steigen über ein Praktikum oder Volontariat in das Arbeitsleben ein.

Ein neuer Begriff beschreibt ein Phänomen, das in der Schweiz 40 Prozent der Uniabgänger betrifft: «Generation P». Das P steht für prekär, für Arbeitsplätze mit befristeten Verträgen, niedrigem Lohn, Teilzeitbeschäftigung, geringer Arbeitsplatzsicherheit. Das P steht aber auch für Praktikum. Studienabgänger der Generation P hängen sich von Praktikum zu Praktikum, von befristetem Vertrag zu befristetem Vertrag oder schlagen sich mit Jobs durch das Leben, die nicht ihrem Ausbildungsniveau entsprechen.

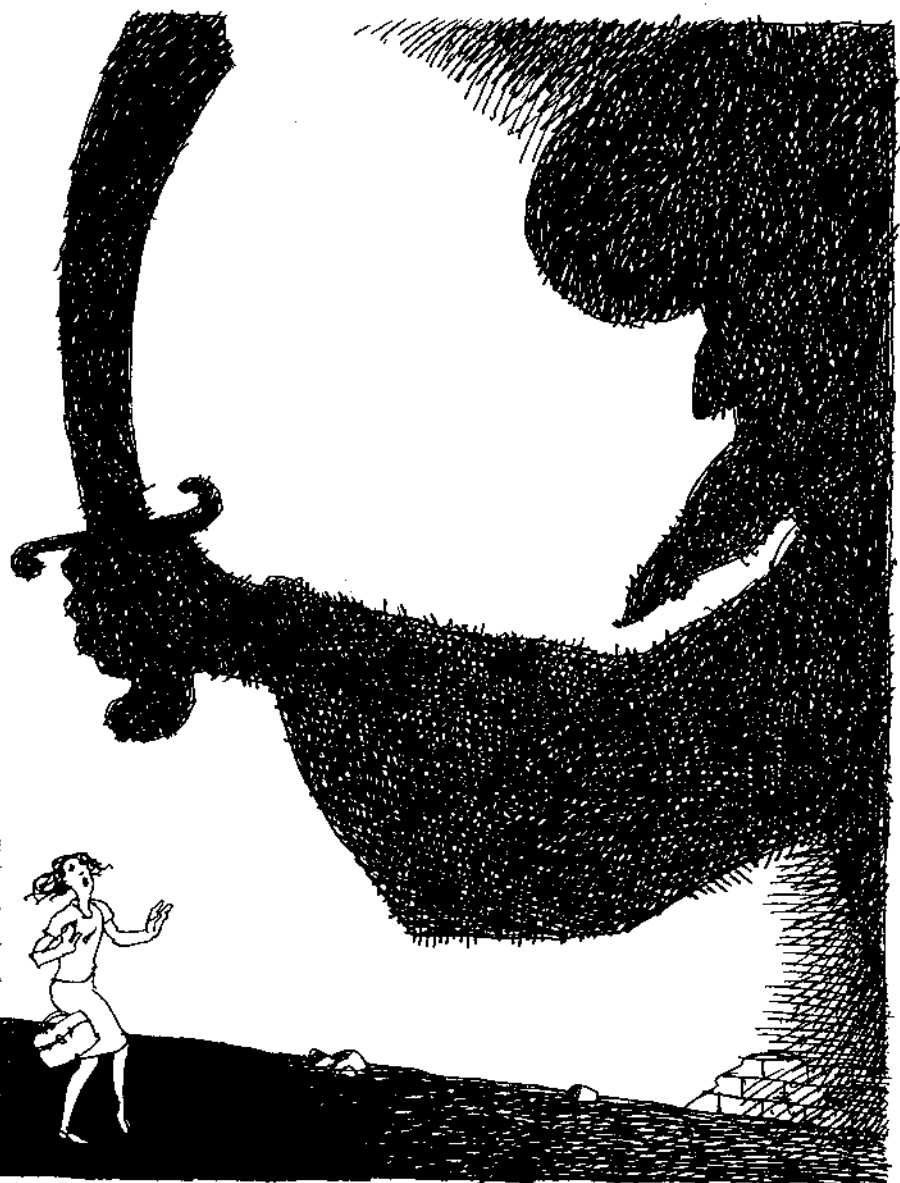
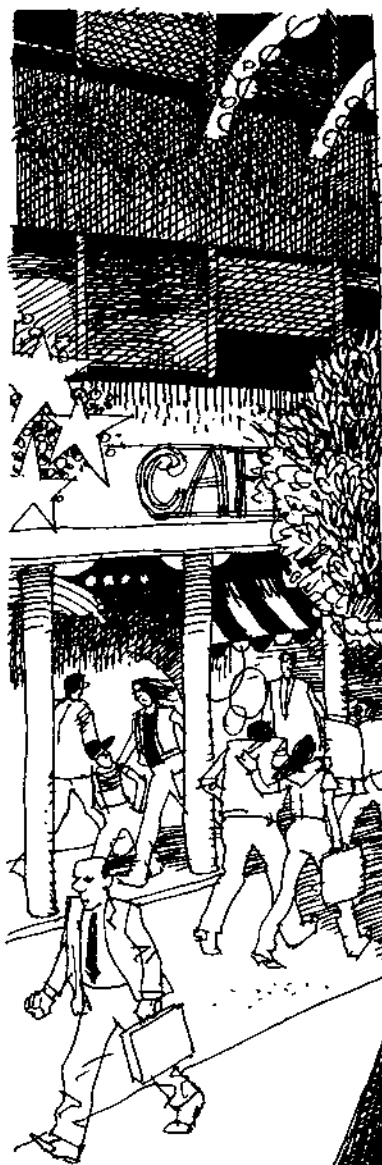
Das Phänomen der Generation P ist auch in unseren Nachbarländern zu beobachten. So hat in Deutschland ein Viertel der Studienabgänger auch vier Jahre nach Abschluss nur einen befristeten Arbeitsvertrag, immer mehr Studienabgänger machen ein Praktikum nach dem anderen. Daraus ist eine Protestbewegung entstanden, die auch auf der Strasse auf ihre

Situation aufmerksam macht. In Frankreich protestierte diesen Frühling die «génération précaire» mit Krawallen gegen den neuen Erstellungsvertrag. Und in Italien gibt es gar «San Precario», den Schutzheiligen der Generation P.

Studienabgänger als Praktikanten oder Temporärangestellte sind für die Wirtschaft interessant: Sie sind qualifizierte Arbeitnehmer, auf dem neuesten Stand der Wissenschaft und hoch motiviert – schliesslich hoffen sie auf eine Festanstellung, wenn sie sich bewähren. Und diese leistungsbereiten Arbeitnehmer sind erst noch günstig.

Doch längerfristig ist dies so wenig sinnvoll wie Uniabsolventen, die einen Job haben, der nicht ihrer Ausbildung entspricht: Wer wenig verdient, bezahlt wenig Steuern. Und gibt somit dem Staat nicht zurück, was dieser in die jahrelange und teure Ausbildung investiert hat. Wer kein gesichertes Einkommen hat, kann sich nicht um seine Altersvorsorge kümmern. Und wer keine sichere Zukunftsaussichten hat, wird sich eine Familiengründung genau überlegen – mit allen Folgen für den Arbeitsmarkt, die AHV und unser Land, wenn die Kinder fehlen. Das Phänomen der Generation P erinnert an die Problematik der mangelnden Lehrstellen und stellenlosen Lehrabgänger: Staat und Gesellschaft sind für eine Lösung auf die Wirtschaft angewiesen. Das Problem ist erkannt, Lösungen werden gesucht, einige wurden bereits gefunden. Doch dabei dürfen die Hochschulabsolventen nicht vergessen gehen.

corinna.hauri@azag.ch



CLAUS KNEZY

Politische Verwirrungen

Gastautorin Gefährliche Verharmlosung der islamistischen Gewalt



REGULA STÄMPFLI

Die unglaublichen moralischen und politischen Verwirrungen, die dieser Tage aussen- und innenpolitische Debatten in der Schweiz begleiten,

machen mich sprachlos. Und wer mich kennt, weiss, dass dies fast so unmöglich ist wie es die politischen Argumente sind, die in den letzten Wochen von Freunden und Fremden zu hören waren. Wie beispielsweise offenbar von der schweizerischen Aussenministerin. So lese ich im Interview des «Tages-Anzeigers» vom 11. August 2006 die Antwort auf die Frage, wie sich die Schweiz im Konflikt Israel - Hisbollah verhalten sollte, von der libanesischen Botschafterin: «Doch Calmy-Rey spricht die gleiche Sprache wie ich. Das hat mir gut getan.» Dieses Zitat steht neben dem Verbot für die Tochter der Frau Botschafterin, jemals auch nur ein Wort mit dem israelischen Klassenkameraden in Bern zu wechseln. Die Frau, deren Sprache offenbar unsere Aussenministerin spricht, weigert sich denn auch – gemäss eigener Aussage – an der Maturafeier ihrer Kinder die ausgestreckte Hand des israelischen Botschafters in der Schweiz anzunehmen. Sie sagt aber gleichzeitig: «Wir bieten die Hand zum Frieden, doch Israel unterläuft diese Bemühungen konsequent.»

Wer dieses Interview liest, kann nicht nur den Kopf schütteln, sondern muss als Demokratin entsetzt sein. Nicht nur, wie doppelzüngig, un diplomatisch und ideologisch sich diese Frau in ihrem Amt äussert, sondern auch, dass Aussenministerin Calmy-Rey offenbar «ihre Sprache» spricht. Ich kann nur hoffen, dass dies Propaganda von Botschafterin Inaam Osseiran und nicht die Wahrheit ist. Doch eigentlich ist die Libanesin nur die Spitze des Verblendungsseisbergs, wenn es um die Nahostdebatten in der Schweiz geht. Ich musste in den letzten Wochen Freundinnen erleben, die dermassen

wütend über Israels Vorgehen im Libanon sind, dass sie die Hisbollah als sympathische Widerstandarmee, als einen Haufen Sozialarbeiter oder als urbane Links-Guerilla beschreiben. Andere meinen, dass sich die Schweiz in der Frage der nuklearen Aufrüstung doch für das wunderbare ehemalige Perserreich einsetzen sollte, um dem amerikanischen Machogebaren und den Ölgelüsten etwas entgegenzuhalten. Dabei werden Präsident Achmadinedschads Drohungen, Israel von der Landkarte zu tilgen, vor allem als amüsante Provokation, die eh nicht ernst zu nehmen sei, gewertet.

Guckguck! Auf welchem Planeten leben denn eigentlich diese sich selber als «urdemokratisch» und oft «progressiv» bezeichnenden Frauen? Auch wer Israels Vorgehen im Libanon verurteilt, soll nicht vergessen, wofür der radikale Islam in der Hisbollah und im Iran steht! Es sind politische Bewegungen, die sich einen gesellschaftlichen Sport daraus machen, Frauen total zu verhül-

wir müssen uns mit den Islamisten an einen Tisch setzen, da sie nun mal an der Macht sind» – und der gefährlichen Verharmlosung von fanatischen Ideologien wie «In der Schweiz trugen katholische Frauen lange noch das Kopftuch» oder «Zwangsehen haben für die Frauen auch eine Schutzfunktion» legitimiert über Politik mit Bildern und Emotionen. Die Folge davon ist, dass damit komplexe historische Konflikte in Begriffen der Gefühlswelt gefasst werden, was eine Sentimentalisierung und Verkitschung mit sich bringt. Es wird ein Krieg der Bilder geführt, der seit dem 11. September 2001 vor allem

von den islamistischen Fundamentalisten brilliant inszeniert wird. Der Folterer mutiert zum Medienschaffenden und tote Kinder zur politischen Message. Diese Propagandataktik produziert ein emotionell aufgeladenes Diskussionsklima; wer immer diese Fragen anspricht, muss damit rechnen, auf ein Niveau heruntergezogen zu werden, auf dem ernsthaft nicht mehr zu diskutieren ist. Lassen wir uns also nicht beirren in diesem bilderbehafteten, sprachlosen Entsetzen, welches den Blick auf wesentliche politische Zusammenhänge verbaut. Es gilt, die normalen demokratischen Unterscheidungen zu pflegen, jenseits von kulturel relativistischem Identitäts- und Befreiungsgebrabbel

Es gilt, die normalen demokratischen Unterscheidungen zu pflegen, jenseits von kulturel relativistischem Identitäts- und Befreiungsgebrabbel

len, sie wegen vermuteten Ehebruchs aufzuhängen oder zu Tode zu steinigen, wegen zu viel Nacktheit zu prügeln, ihnen jede Ausdrucksfreiheit unter Androhung von Gewalt zu verbieten. Es sind politische Bewegungen, die den Homosexuellenhass via Religionspolizei zelebrieren. Zudem predigen diese Kräfte einen Antisemitismus, der im Vergleich sogar Himmler als Judenfreund erscheinen lässt! Solche Einsichten scheinen allen Kriegsgegnerinnen egal zu sein. Sie werden mit einem Schulterzucken und «Ach, ist doch nur Propaganda» weggefegt. Wo bleibt hier die politische und demokratische Differenzierung? Es ist völlig idiotisch, neomodische totalitäre Ideologien wie den Islamismus als Befreiungsbewegungen oder – Hilfe! – gar als Emanzipation zu deuten. Diese fatale Mischung aus zynischer Realpolitik – «Was regst du dich so auf,

von den islamistischen Fundamentalisten brilliant inszeniert wird. Der Folterer mutiert zum Medienschaffenden und tote Kinder zur politischen Message. Diese Propagandataktik produziert ein emotionell aufgeladenes Diskussionsklima; wer immer diese Fragen anspricht, muss damit rechnen, auf ein Niveau heruntergezogen zu werden, auf dem ernsthaft nicht mehr zu diskutieren ist. Lassen wir uns also nicht beirren in diesem bilderbehafteten, sprachlosen Entsetzen, welches den Blick auf wesentliche politische Zusammenhänge verbaut. Es gilt, die normalen demokratischen Unterscheidungen zu pflegen, jenseits von kulturel relativistischem Identitäts- und Befreiungsgebrabbel. Denn der Anfang vom Ende der Demokratie besteht nicht nur in den radikalen und fanatischen Nihilisten jedwelcher Couleur, sondern auch in der Gleichgültigkeit und in der Indifferenz, wie über sie geredet wird.

Regula Stämpfli ist Politologin, Dozentin und Buchautorin.
www.regulastaempfli.ch

Der Zweck heiligt nicht alle Mittel

Baregg-Blockade Unia-Bosse haben sich und vor allem der Sache ihrer Mitglieder geschadet



PETER BURJ

Bauarbeiter haben einen harten, kräfteaubenden Beruf. Sie leisten oft bei Wind und Wetter anstrengende körperliche Arbeit. Es ist verständlich, dass sie eine spezielle Pensionsregelung möchten. Adressat dieser Forderung sind ihre Arbeitgeber, die Baumeister. Es ist legitim, dass die Gewerkschaft Unia für die Bauarbeiter einen nationalen Streiktag organisiert. Falsch ist dagegen, wenn dabei Demonstrationen die nationale Verkehrsschlagader Baregg blockieren und dadurch viele hundert Autofahrerinnen und Autofahrer lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen, ja sogar ihre Sicherheit gefährdet wird (Stauunfälle). Deshalb ist es zu begrüssen, dass das Bezirksgericht Baden nun die Rädelführer wegen «Nötigung» verurteilt hat.

Mit der Baregg-Blockade haben die Unia-Gewerkschaftsbosse das Streikrecht juristisch überstrapaziert. Sie haben in Baden aber mehr als nur einen Prozess verloren. Schwerer als die bedingten Gefängnisstrafen und Bussen dürfte der Sympathie- und Imageverlust wiegen. Militante Arbeitskämpfe sind in der Schweiz im Vergleich zum Ausland glücklicherweise immer noch selten; entsprechend gross ist jeweils die öffentliche Aufmerksamkeit. Damit sie als Druckmittel wirkt, braucht es Solidarität und das Verständnis des Publikums für das zu erstreichende Anliegen. Solches kann erreicht werden, wenn es gelingt, der Öffentlichkeit gezielt die Bedeutung einer Branche beziehungsweise ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewusst zu machen. Kaum jedoch mit effekthascherischem Klamauk oder – wie in jüngster Zeit vermehrt zu beobachten – mit profilierungssüchtigem Muskelprotzen. Damit erweisen die Gewerkschaften unter dem Strich sich – und vor allem der Sache ihrer Mitglieder – einen schlechten Dienst. peter.buri@azag.ch